

II-255 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs. - 7. Mai 1969

No. 450/-NR/69

A N F R A G E

der Abgeordneten Libal  
und Genossen

an den Herrn Präsidenten des Nationalrates,  
betreffend Auslegung des § 70 der Geschäftsordnung des National-  
rates.

Sozialistische Abgeordnete haben am 13. Februar 1969 unter der  
Zl. 1125/J an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik  
eine Anfrage gerichtet in welcher - gegliedert in mehrere Un-  
terfragen - Auskunft über Ausgaben betreffend Öffentlichkeits-  
arbeit begehrt wurde. Auf diese, den Bestimmungen des Artikels 52  
Abs. 1 B-VG. voll entsprechende Interpellation, hat der Herr  
Bundesminister für Bauten und Technik unter der Zl. 1140/A.B.  
geantwortet und einleitend folgende Feststellung getroffen:

"Auf die in der Sitzung des Nationalrates vom 13. Februar 1969  
an mich gerichteten 26 Anfragen nach zum Teil verschiedenen  
Gegenständen der Vollziehung (§ 70 der Geschäftsordnung) beehre  
ich mich - unbeschadet der Tatsache, daß offensichtlich eine  
geschäftsordnungswidrige Kumulierung von Anfragen vorliegt -  
folgendes mitzuteilen .....

Die sozialistischen Abgeordneten sind nicht gewillt, diese neue  
durch nichts begründete Auslegung der Geschäftsordnung durch den  
Herrn Bundesminister für Bauten und Technik hinzunehmen, wonach  
schriftliche Interpellationen nicht in mehrere Unterfragen ge-  
teilt sein dürfen. Eine solche Bestimmung existiert vielmehr  
nur für mündliche Anfragen (siehe § 75 Abs. 2 der Geschäftsordnung).

Da der Herr Präsident des Nationalrates sowohl für die Handhabung  
der Geschäftsordnung als auch für die Vertretung des National-  
rates nach außen zuständig ist, richten die unterzeichneten Abge-

- 2 -

an ihn nachstehende

A n f r a g e :

Werden Sie den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik mit Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß seine in der Anfragebeantwortung Nr. 1140/A.B. niedergelegte Rechtsauffassung jeder Grundlage entbehrt und daß insbesondere die Meinung des Herrn Bundesministers unzutreffend ist, wonach die Anfrage Nr. 1125/J eine "offensichtlich geschäftsordnungswidrige Kumulierung von Fragen" enthielt?